



## Bernhard Daldrup

Bundestagsabgeordneter für den Kreis Warendorf

Bernhard Daldrup, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin  
Tel. (030) 227 78960 · Fax: (030) 227 76959 · E-Mail: [Bernhard.Daldrup@bundestag.de](mailto:Bernhard.Daldrup@bundestag.de)

# UPDATE AUS DEM BUNDESTAG – NR. 1/2017

Berlin, 27. Januar 2017

## Martin Schulz wird Kanzlerkandidat der SPD!

Seit vergangenem Dienstag steht fest, dass Martin Schulz Kanzlerkandidat und neuer Parteichef der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands werden wird. Die Kandidatur von Martin Schulz ist ein Signal zum Aufbruch.



Mit Martin Schulz beim Landesparteitag der NRWSPD am 24.09.2016 in Bochum.

Martin Schulz ist mir seit Jahrzehnten bekannt. Wir haben auch schon Veranstaltungen im Kreis Warendorf gemacht. Er ist ein Profi, auf allen Ebenen erfahren und dennoch nicht in der Regierungsarbeit der Großen Koalition gefangen. Er ist überdies ein überzeugter Europäer, was ein gutes Signal in Zeiten von Brexit und Re-Nationalisierung ist. Vor der Fraktion hat Martin Schulz deutlich gemacht, dass es in Deutschland nur ein Bollwerk für Offenheit und Demokratie gibt: die SPD.

Ich habe die Hoffnung, dass Martin Schulz die notwendige Solidarität und praktische Unterstützung bekommt, damit seine Kandidatur ein Erfolg wird – wir wollen endlich wieder Mehrheiten jenseits der Großen Koalition erringen und die kommende Bundesregierung als Kanzlerpartei anführen. Martin Schulz hat meine volle Unterstützung.

## Dank an Sigmar Gabriel

Wie die meisten Beobachter hatte auch ich erwartet, dass Sigmar Gabriel als Kanzlerkandidat zur Verfügung stehen würde. Als er seinen Verzicht auf Kandidatur und Parteivorsitz öffentlich gemacht hat, waren viele betroffen. Kanzlerformat haben Sigmar Gabriel und Martin Schulz, das steht für mich außer Zweifel.



Mit Sigmar Gabriel im September 2016 im Deutschen Bundestag.

Sigmar Gabriel hat den Parteivorsitz im Jahre 2009 in einer schwierigen Situation übernommen und die SPD in die Regierung zurückgeführt. Er hat als erster ein Mitgliedervotum über die Regierungsbeteiligung eingeführt. Der Koalitionsvertrag und die Ergebnisse der Großen Koalition tragen in weiten Teilen eine unbestreitbar sozialdemokratische Handschrift.

Das gilt nicht nur für den Mindestlohn, die Verbesserungen der Arbeitsbeziehungen und eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik (man denke an Edeka-Tengelmann und die niedrigste Arbeitslosenzahl in Deutschland seit Jahrzehnten). Er hat auch dafür gesorgt, dass der nächste Bundespräsident mit Frank-Walter Steinmeier wieder ein Sozialdemokrat ist.

Sigmar Gabriel hat zudem meine Arbeit als kommunalpolitischer Sprecher der Fraktion immer sehr unterstützt. Wir haben viel für die Kommunen erreicht. Natürlich weiß ich um die kritischen Diskussionen um Freihandel oder Vorratsdatenspeicherung, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Seine eigenen und die Umfragewerte der SPD ließen eine Kanzlerschaft für Sigmar Gabriel unerreichbar erscheinen. Er hat sich darum entschieden, auf die Kandidatur zu verzichten. Egal wie man zu Gabriel steht – in meinen Augen hat er damit bewiesen, wie wichtig ihm die SPD ist. Deshalb verdient seine Entscheidung größten Respekt.

### Kommunalkonferenz der SPD-Bundestagsfraktion zum vorsorgenden Sozialstaat



Presse-Statement mit Thomas Oppermann unmittelbar vor Beginn der Konferenz zum Thema „Solidarische Kommune“.

In meiner Funktion als kommunalpolitischer Sprecher habe ich bereits zum vierten Mal die große Kommunalkonferenz der SPD-Fraktion im Bundestag organisiert. Thema in diesem Jahr: „Die solidarische Kommune“. Rund 180 Gäste kamen am heutigen Freitag in den SPD-Fraktionssaal im Berliner Reichstag, um sich in Diskussionsrunden und Vorträgen zum Thema des vorsorgenden Sozialstaats in der Kommune und über die Vorstellungen der SPD auszutauschen.



Rund 180 Gäste aller politischen Ebenen und aus allen Teilen Deutschlands sind der Einladung zur Konferenz gefolgt.

Auf dem Podium vertreten waren u. a. der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion **Thomas Oppermann**, die stellvertretende Vorsitzende **Carola Reimann**, NRW-Ministerpräsidentin **Hannelore Kraft**, SPD-Generalsekretärin **Katarina Barley**, der Wissenschaftler **Prof. Dr. Stefan Sell**, der Kieler Bürgermeister **Dr. Ulf Kämpfer** sowie die Mannheimer Bürgermeisterin **Dr. Ulrike Freundlieb**.

Klares Ergebnis der Konferenz: Wir müssen als Politik künftig viel stärker als bisher dafür sorgen, problematischen sozialen Entwicklungen von Anfang entschieden zu begegnen – auch wenn das Geld kostet. Und diese Art von vorsorgender Sozialpolitik fängt in der Kommune vor Ort an.



Die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hält ein Impulsreferat zu ihrem Projekt „Kein Kind zurücklassen“.

Erst hinterher zu reparieren ist nämlich die schlechteste Alternative: Das ist nicht nur viel teurer, sondern auch nachteilig für die Betroffenen. Darum sind Initiativen wie das erfolgreich von Hannelore Kraft ins Leben gerufene Programm „Kein Kind zurücklassen“ so wichtig.



Katarina Barley, Hannelore Kraft, Ulrike Freundlieb und Carola Reimann (v.l.n.r.) diskutieren mit dem Publikum das Thema „Chancengleichheit als kommunale Aufgabe“.

### Jahreswirtschaftsbericht 2017 vorgestellt

In seiner letzten Regierungserklärung als Bundeswirtschaftsminister hat Sigmar Gabriel am vergangenen Mittwoch den Jahreswirtschaftsbericht vorgestellt – und der kann sich sehen lassen.

So hat sich die Zahl der Erwerbstätigen seit 2013 um rund 1,5 Millionen auf insgesamt 43,5 Millionen erhöht. In diesem Jahr werden noch einmal 320.000 Personen zusätzlich einen Arbeitsplatz finden. Die Arbeitslosigkeit lag 2016 mit 6,1 Prozent auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung.

Gleichzeitig sind die Löhne und Gehälter seit 2013 durchschnittlich um mehr als 1,5 Prozent pro Jahr

gestiegen. Im Jahr 2017 hat ein Arbeitnehmer im Durchschnitt über 2000 Euro mehr im Portemonnaie als zu Beginn der Legislaturperiode – ein Erfolg unserer Politik. Auch der Mindestlohn hat die Einkommenssituation von vier Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Niedriglohnbereich spürbar verbessert. Denn gerade viele Geringverdiener konnten in eine reguläre, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wechseln.

Für uns als SPD ist klar, dass wir uns auf diesen Zahlen nicht ausruhen dürfen. Vielmehr ist entscheidend, dass wir heute die Grundlagen dafür legen, dass Deutschland auch in 10 und in 20 Jahren wirtschaftlich erfolgreich ist. Und wir müssen dafür sorgen, dass Wachstum und Wohlstand wieder viel gleichmäßiger über alle Schichten verteilt werden, als das in der Vergangenheit der Fall war. Hier haben wir mit der Großen Koalition bereits einige Fortschritte erzielen können. Trotzdem kann dies nur der Anfang sein: Wir brauchen ein inklusives Wachstum, an dem möglichst viele Menschen teilhaben und nicht nur eine kleine Schicht von Spitzenverdienern.

### **AWO-Ahlen zu Besuch im Bundestag**

Rund 50 Mitglieder des Ortsvereins Ahlen der Arbeiterwohlfahrt haben mich in der vergangenen Woche im Bundestag besucht. Wir haben ausführlich über die aktuelle politische Lage sowie über die Kommunal- und Rentenpolitik diskutiert. Anschließend habe ich meine Gäste durch das Paul-Löbe-Haus geführt, das neben dem Reichstag das Herzstück des Bundestages ist.



*Die Mitglieder des AWO-Ortsvereins Ahlen zu Besuch im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestags am 20.1.2017.*

Ich freue mich immer über die Gelegenheit, Menschen aus meinem Wahlkreis in Berlin begrüßen zu dürfen. Es ist immer auch ein Anlass, um zu erklären, warum die Arbeit des Deutschen Bundestags und die Kontrolle der Regierung wichtig sind.

### **Ländliche Regionen stärken**

In der letzten Woche haben wir den Zweiten Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung ländlicher Räume beraten. Darin geht es neben den

übergreifenden Themen Demografie, Finanzen und bürgerschaftliches Engagement um drei Handlungsfelder: 1. Wohnen, Infrastruktur und Daseinsvorsorge, 2. Regionale Wirtschaft und Arbeit sowie 3. Landnutzung, natürliche Ressourcen und Erholung.

Der Bericht enthält daneben auch Informationen zu Förderprogrammen und Vorhaben, die ihre Wurzeln im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern haben. Dazu gehören das Bundesprogramm änderliche Entwicklung (BULE) und die Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK). So kann zum Beispiel die Grundversorgung in ländlichen Regionen gestärkt werden, da jetzt auch Investitionen in Mehrfunktionenhäuser und in Kleinstunternehmen unterstützt werden.

Wir haben in den vergangenen Jahren für eine deutliche Mittelaufstockung der Programme gesorgt. Der Bundesanteil an den GAK-Mitteln ist in den vergangenen vier Jahren erheblich erhöht worden, von 575 Millionen Euro auf 665 Millionen Euro. Das BULE hat mittlerweile einen Umfang von 55 Millionen (2015 mit 10 Millionen gestartet). Ebenfalls in der GAK sind nochmal 100 Millionen Euro für Maßnahmen des präventiven Hochwasserschutzes enthalten.

Terminankündigung:

#### **Diskussion zur deutschen Außenpolitik mit Rolf Mützenich und Christoph Strässer am Dienstag, 31.1.2017, in Telgte**

Zahlreiche internationale Konflikte und Herausforderungen haben das vergangene Jahr zum „Krisenjahr 2016“ gemacht: Die Rolle des Islamischen Staats in Syrien und Nordirak sowie die Flüchtlingsbewegungen in die EU sind große Herausforderungen für die internationale Staatengemeinschaft.

#### **Welche Leitlinien sollen unsere Außenpolitik bestimmen, welche Rolle nimmt Deutschland gegenüber den internationalen Krisenherden ein?**

Darüber diskutiere ich mit **Rolf Mützenich** (MdB aus Köln und seit 2013 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion für die Bereiche Außenpolitik, Verteidigung und Menschenrechte) und **Christoph Strässer** (MdB aus Münster, war Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe und arbeitet weiterhin zu diesen Schwerpunkten). Termin:

**Dienstag, 31.1.2017,**

**ab 18.30 Uhr**

**im „Café Tante Lina“,**

**Kapellenstraße 10 in 48291 Telgte.**

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!



## Rede auf der Kundgebung „Wir machen Euch satt“ in Beckum

Anlässlich des Beginns der Internationalen Grünen Woche hat der landwirtschaftliche Kreisverband Warendorf am 21. Januar zu einer Kundgebung unter dem Titel „Wir machen Euch satt“ nach Beckum geladen. Es ging um die zunehmenden Sorgen vieler Verbraucher mit Bezug auf die Landwirtschaft, um artgerechte Tierhaltung und modernen Ackerbau. Vor allem aber war es das Ziel der Bauern, mit Verbrauchern ins Gespräch kommen. Das ist gelungen: Mehrere hundert Interessierte sind der Einladung gefolgt.



Bernhard Daldrup auf der Kundgebung „Wir machen Euch satt“ am 21.1.2017 in Beckum.

Da ich das Motto der Veranstaltung – Dialog statt Protest – für absolut richtig halte, habe ich mich gerne bereiterklärt, ein Grußwort auf der Kundgebung zu halten. Die Rede kann man [auf meiner Webseite nachlesen](#). Auch die Glocke [berichtete](#).

## Öffentliche Sicherheit: Für einen starken, handlungsfähigen Staat

Kein Staat auf der Welt kann absolute Sicherheit garantieren. Aber der Staat muss alles ihm Mögliche unternehmen, um Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Angesichts der Terrorgefahr müssen wir ebenso besonnen wie entschlossen handeln. Wo es notwendig ist, schließen wir Rechtslücken. Daneben müssen aber Polizei und Sicherheitsbehörden besser ausgestattet und die Präventionsarbeit verstärkt werden. Diese drei Elemente sind die Säulen sozialdemokratischer Sicherheitspolitik.

Deswegen haben wir in den zurückliegenden Monaten die gesetzlichen Grundlagen für die Terrorbekämpfung verbessert und mehr Stellen bei Bundespolizei und Sicherheitsbehörden geschaffen. Nach dem Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt haben wir uns mit der Union verständigt, den Fall durch eine Ermittlergruppe (Task Force) im Parlamentarischen Kontrollgremium

aufzuklären. Anschließend werden wir entscheiden, ob und ggf. welche weiteren Sicherheitslücken geschlossen werden müssen.

Bereits heute steht fest: Wir brauchen eine härtere Gangart gegenüber sogenannten Gefährdern. Ausreisepflichtige Gefährder müssen schnellstmöglich abgeschoben werden und gehören bis dahin in Gewahrsam. Darum wird Abschiebehaft künftig möglich sein, wenn von einer Person eine erhebliche terroristische Gefahr ausgeht. Zudem schaffen wir die gesetzlichen Grundlagen, um nichtausreisepflichtige Gefährder wirksamer zu überwachen (z. B. durch den Einsatz von elektronischen Fußfesseln).

Wir werden auch die Herkunftsländer abgelehnter Asylbewerber im Rahmen von Rücknahmeabkommen stärker in die Pflicht nehmen. Länder, die kooperieren, sollten wir künftig stärker als bisher unterstützen. Wer sich dagegen einer Zusammenarbeit verweigert, der muss mit wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen rechnen.

## Internationale Schule Schloss Crassenstein

In der vergangenen Woche habe ich mich im Bundestag mit Detlef Ernst getroffen, der Geschäftsführer der Privatschule Schloss Crassenstein und Vorstandsvorsitzender des Weltverbands Deutscher Auslandsschulen ist. Die eigens gegründete Gesellschaft möchte auf Schloss Crassenstein in Wadersloh-Diestedde eine internationale Privatschule einrichten. Insbesondere Kinder aus Asien, aber auch aus Südamerika und weiteren Ländern sollen dort unterrichtet werden.

Herr Ernst präsentierte mir im Bundestag das Konzept für Schloss Crassenstein, erläuterte die Zielsetzungen der internationalen Privatschule und den aktuellen Stand der Schulgründung. Ich begrüße das Engagement und halte die Schule für einen Gewinn für den Ort und die Region. Ich finde es grundsätzlich gut, wenn ausländische Kinder und Jugendliche Deutschland und unser Bildungssystem auf diese Weise kennenlernen können. Ich werde demnächst zu einem gemeinsamen Orts-termin einladen, um den Meinungsaustausch vor Ort zu vertiefen.

**Gerne könnt ihr die hier dargestellten Informationen weitergeben und diskutieren.**

Mit den besten Grüßen

Euer

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Bernhard Daldrup'.